

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur
Dr. A. Auer, Auerbach
Verlagsanstalt Auerbach
Auerbach, Erzgebirge
Telefon 100

Abonnementpreise: Durch unsere Posten sind im Jahre monatlich 4,50 Mark, bei der Geschäftsstelle monatlich 4,00 Mark. Bei den Postämtern monatlich 4,50 Mark. Einzelhefte 13,50 Mark, monatlich 4,50 Mark. Einmalig in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsauflage und Ausgabestellen, sowie alle Postbestellungen und Briefe werden angenommen.

Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise sind in der Beilage oder deren Raum für Anzeigen aus Auer und dem Erzgebirge... (Text continues with rates for different ad types and locations)

Nr. 46.

Donnerstag, den 24. Februar 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Eine Denkschrift der deutschen Sachverständigen für London begründet den ablehnenden deutschen Standpunkt gegenüber den Entente-Vorschlägen.

Der neue preussische Landtag wird am 10. März zusammentreten. Er besteht aus 114 Abgeordneten statt bisher 402.

Das preussische Kabinett steht in den jetzigen Wahlen keinen Grund, die bisherige Regierungskoalition aufzugeben.

Durch Vorschritt der interalliierten Regierung- und Plebiszit-Kommission für Oberschlesien vom 23. Februar 1921 findet die Volksabstimmung für alle Stimmberechtigten nunmehr endgültig am Sonntag, den 20. März 1921 statt.

Davas meldet aus London: Der Alliierte Rat hat die Verhandlungen mit den Deutschen auf die Zeit vom 1. bis 3. März festgesetzt.

Der Sinn der Wahlen.

Von Senator Dr. Carl Petersen, Mitglied d. Reichstags.

Sowohl in der äußeren wie in der inneren Politik kommen die Leidenschaften noch nicht zur Ruhe und lassen noch starke Verschiebungen in den Parteiständen aus. Das Charakteristische dieser Wahl ist, daß die Wogen auf den innerpolitischen Wellen weniger hoch gehen als auf den außenpolitischen. Im Innern kommt der Sturm zur Ruhe, die Mehrheitssozialdemokratie hält ihre Arbeitersichtungen fest und gewinnt Treibholz zurück, der linksradikalismus wirtschaftet ab, das Gebäude des Zentrums hält mit seinen konfessionellen Klammern den Stürmen weiter Stand, die Partei der reinen Vernunft, die Deutsche Demokratie, die keinen Klassenkampf und keine konfessionellen Bande hat, setzt sich vollstetig durch, macht aber parteipolitisch schlechte Geschäfte, die Deutsche Volkspartei, nimmerehr für die Regierungspolitik mitverantwortlich, leidet unter ihrem jäggelosen deutschnationalen Konkurrenzten.

Nachdem Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten das deutsche Volk aus den schlimmsten Zusammenbrucherscheinungen in verhältnismäßig kurzer Zeit herausgeholt haben, bleiben zwei Hauptzentren politischer Erregung zu überwinden: die wirtschaftliche Not im Innern, die nationale nach außen. Hunger und Not, Verfolgung und Mißhandlung durch die Entente lassen unter gequältem Volk nicht zur Ruhe kommen. So wird unklare, ja phantastische Suchen nach einer neuen Wirtschaftsordnung nach russischem Rezept, Bekenntnis zu chauvinistischen Grundfragen, phantastische Sehnsucht nach der Blauzeit des monarchischen Deutschen Reiches ausgelöst. Das sind die der Demokratie feindlichen Kräfte, sie finden ihren Hauptförderer in der Entente, die für demokratische Ideale den Krieg geführt haben will. Den so ausgelösten Bekenntnissen zu den Extremen muß von den Parteien, die auf dem Wege der demokratischen Republik den Wiederaufbau durchzuführen wollen und ihn allein durchführen können, das Bekenntnis zur Politik der deutschen Mitte entgegengestellt und in parlamentarischer wie parteilagerischer Taktik gemeinsam klar und bewußt durchgeführt werden. Sonst bleibt die Mitte schwach, die Extremen bleiben stark. Klarheit und Stetigkeit sind in Zeiten leidenschaftlicher Erregung doppelt und dreifach erforderlich. Der Bestand der Parteien der Mitte darf nicht fortwährend schwanken, parteipolitischer Egoismus muß dem gemeinschaftlichen Ziel untergeordnet werden, soll die Demokratie erhalten bleiben.

Diese Mitte muß möglichst breit und stark sein; die jetzigen Wahlen beweisen wieder, daß die deutsche Mitte von Stresemann bis Scheidemann reichen, aber auch alles herauslassen muß was sich rechts und links von ihr an parteipolitischen Leidenschaften ausstößt. Nur dann ist der Wiederaufbau Deutschlands in Ruhe und Ordnung gesichert, nur dann ist, wenn überhaupt, eine Auseinandersetzung mit der Entente möglich, die Deutschland das Leben läßt. Diese deutsche Mitte muß im Reich wie in Preußen, nach Möglichkeit auch in den übrigen Ländern gebildet werden, sonst mangelt es unserer gesamtpolitischen Betätigung an der nötigen Einheitlichkeit und Stärke ihrer Politik. Unter dem Bekenntnis der deutschen Mitte werden die Sozialdemokraten und Zentrum, Deutsche Volkspartei und Demokraten gemeinschaftlich stehen!

Die Regierungsbildung in Preußen.

In der Frage der Regierungsbildung in Preußen ist man der Lösung noch nicht näher gekommen. Durch die Verknüpfung der preussischen Regierungsfrage mit der des Reiches sind jetzt alle Kombinationen wieder neu eröffnet. Die deutschnationalen bringen auf eine reine Rechtsregierung, auch ohne Demokraten, für die in Preußen auch eine Mehrheit vorhanden ist, im Reich allerdings nicht ganz, doch dürfte dieser Lösungsversuch an der Ablehnung des Zentrums von vornherein scheitern. Die Deutsche Volkspartei arbeitet gerade mit Rücksicht auf London in der Richtung auf eine Einheitsregierung von den Deutschnationalen bis zu den

Sozialdemokraten hin, allzuviel Hoffnung, daß es gelingt, den rechten und den linken Flügel dieser Mehrheit zusammenzubringen, besteht nicht. Zentrum und Demokraten dagegen erblicken die gegebene Lösung darin, daß die Sozialdemokraten im Reich in die Regierung eintreten, die Deutsche Volkspartei dagegen in Preußen.

Soweit sich bisher übersehen läßt, ist der grundsätzliche Widerstand, den die Sozialdemokraten bisher gegen eine solche Koalition geführt haben, im Schwunden begriffen. Praktisch liegen aber die Schwierigkeiten in der Personenfrage. Die Deutsche Volkspartei kann, wie sie meint, in Preußen nicht gut mit dem Ministerpräsidenten Braun sowie den Ministern Severing und Hänisch zusammenarbeiten. Für die Sozialdemokraten aber bedeutet es einen Ehrenpunkt, daß sie diese drei nicht fallen lassen. Wie die Dinge gegenwärtig liegen, ist es nicht ausgeschlossen, daß auch dieser Ausweg scheitert; dann bleibt aber nur die Möglichkeit, daß in Preußen die gegenwärtige Regierung im Amte belassen wird. Aber dann ist es nicht unwahrscheinlich, daß die Deutsche Volkspartei im Reich daraus die Konsequenzen zieht und aus der Regierung austritt. Vorläufig ist die Entwicklung aber unüberwindliche Besprechungen noch nicht hinausgeschoben, und das Tempo wird sich nicht zuletzt dem Urteil des Außenministers Simons anschließen müssen, der sicherlich, sobald im Reich die Neubildung irgendwelche krisenhaften Formen anzunehmen droht, Einspruch erheben muß, um die Vorbereitungen für London nicht zu stören. In diesem Falle würde man sich wohl dazu entschließen, die Entscheidung zu vertagen, bis die Besprechungen in London vorbei sind.

Reichstagsrede des Reichsarbeitsministers.

Der Reichstag ist gestern nachmittag wieder zusammengetreten. Die zweite Lesung des Reichshaushalts wurde beim Kapitel Reichsarbeitsministerium fortgesetzt. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns leitete die Verhandlungen mit einer Rede ein. In der er die Arbeiten seines Ministeriums besprach. Durch den verlorenen Krieg ist gerade dem Arbeitsministerium eine Fülle von neuen Aufgaben zugewiesen worden. Die sozialen Auswirkungen der Revolution sind immer noch im Fluß. Die Sozialpolitik darf trotz der Notlage der Wirtschaft nicht zurücktreten. Besondere Arbeit erfordert die Sorge um die Arbeiterschaft. Die Arbeitslosigkeit ist eine chronische Erkrankung geworden, und die Welle der wirtschaftlichen Krise ist auch zu uns gekommen. Wir müssen unsere ganze Wirtschaft mit Hilfe des Arbeitsnachweises umgestalten. Ein entsprechender Entwurf wird dem Kabinett vorgelegt. Die Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten erstreben wir mit Hilfe der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Wir suchen auf die großen Arbeitgeber einzumwirken, durch Aufträge die Not zu lindern. Ein Gesetzentwurf über eine vorläufige Arbeitslosenversicherung wird ausgearbeitet.

Eine weitere Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung ist unmöglich.

Wir bleiben mit den jetzigen Zahlungen hinter den Löhnen weiter Arbeiterkreise kaum noch zurück. Am 1. Februar unterstützten wir 349 000 Personen, am 1. Februar 432 000. Der Gesamtanfang für Unterstützungen belief sich im Januar auf 113 Millionen Mark gegen 54 Millionen im Vorjahre. Die Bergarbeiter haben das Uebersehen abgenommen loyal durchzuführen. Arbeitsleistung und Kohlenförderung sind wesentlich gestiegen. Die Regierung denkt nicht daran, die Zahl der Bergleute zu verlängern. Das Spätkommen legt uns außerordentliche Verpflichtungen auf. Die Gewerkschaftsführer sind vorstellig geworden, die Lebenskosten nicht noch mehr steigen zu lassen. Neben dem Bergbau ist die Steigerung der Produktion in der Landwirtschaft dringlich. Wir arbeiten an der Urbarmachung der Weidländer. Ländliche Siedlungen und Pachtwerk werden gefördert. Bei der Lohnpolitik sind die berechtigten Ansprüche der Angestellten und Arbeiter berücksichtigt worden. Den Schlichtungsausschüssen gebührt der größte Dank der Allgemeinheit. Im Jahre 1919 wurden von 84 000 Streitigkeiten 30 000 durch Schlichtung erledigt.

Der Minister besprach dann die Wohnungsfrage.

Von einer Rentabilität von Neubauten kann keine Rede sein. Die Preise sind um das Fehnfache gestiegen. Die Herstellung von Wohnungen wird auf die Bergbaurebete und das Land beschränkt werden müssen. Die erforderlichen Kostenzuschüsse werden ungeheuer sein. Bei Neubauten muß sozialistischer Gewinn ausgeschlossen werden. Zur weiteren Unterstützung der Neubautätigkeit hat die Reichsregierung einen Vorkurs von 1/4 Milliarden ausgeworfen. Wir können beträchtliche Fortschritte des Wohnungsbaues im laufenden Jahr erwarten. Dadurch wird der Wohnungsnot und der Arbeitslosigkeit begegnet. Durch den allgemeinen Wohnungsbau wurden bis Ende 1920 rund 138 000 Wohnungen einschließlich der Notwohnungen hergestellt, außerdem noch 12 000 weitere Wohnungen. Die private Wohnungsherstellung ist nur sehr gering gewesen. Eine grundsätzliche Reform der Sozialversicherung

ist in Aussicht genommen. Einige Angelegenheiten müß-

ten aber hinweg genommen werden. Beabsichtigt wird ein weiterer Schutz der Heimarbeit und der Ausbau der Krankenkassenstatistik. Dem Reichstag wird ein Entwurf über den Wästkundentag und die 48stündige Arbeitswoche zugehen. Der Entwurf einer Schlichtungsordnung liegt bereits dem Kabinett vor. Ein Arbeitsnachweisesgesetz und ein Gesetz zur Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter wird dem Reichstag zugehen, ebenso ein Hausgehilfengesetz. Die Unterbringung der Kriegsbeschädigten in einem Beruf muß mit allen Mitteln gefördert werden. Höhere Aufwendungen sind notwendig auf dem Gebiete der Jugendfürsorge, für die Kriegswaisen und die Kinder von Kriegsbeschädigten. Die Zahl der Lazarett ist von 1000 auf 374 zurückgegangen, die Zahl der Insassen von 75 000 auf 26 000. Der Minister schloß: Wäge die Arbeit meines Ministeriums zur Erhebung des deutschen Volkes aus schwerer Not und tiefer Erniedrigung mit! (Beifall.)

Die Entscheidung über Oberschlesien.

Die erste Entscheidung, die der Oberste Rat auf seiner ersten Sitzung in London zu treffen hatte, war die über Oberschlesien. Die Entscheidung hierüber war immer wieder hinausgeschoben worden, und es ist wohl anzunehmen, daß die polnischen Diplomaten immer wieder versucht haben, auf Frankreich einzuwirken, daß es sich einer Abstimmung widersetzen sollte, bei der die Landesbewohner und die auswärtigen Stimmberechtigten an einem Tage abstimmen sollten. Die deutsche Regierung hatte indes in ihren Notizen immer wieder auf den klaren Wortlaut und auf den Geist des Friedensvertrages hingewiesen, aus dem hervorgeht, daß bei der Wahlhandlung eine Einheitlichkeit unbedingt gewahrt werden muß, und daß demgemäß die einheimischen und die auswärtigen Abstimmungsberechtigten am gleichen Tage an die Urne treten müßten. Die Regierung hatte gleichzeitig auf die ernststen Folgen hingewiesen, die entstehen könnten, wenn die Entente sich in dieser Frage nicht strikt an den Friedensvertrag halten würde. Wenn die Alliierten jetzt so entschieden haben, wie wir es forderten, so wird die deutsche Regierung keineswegs den Ruhm für sich in Anspruch nehmen wollen, einen Erfolg davongetragen zu haben. Wir brauchen in dieser Frage keine politischen Erfolge; wir konnten mit vollem Recht verlangen, daß eine selbstverständliche Forderung der Gerechtigkeit erfüllt wurde. Nach einer amtlichen Meldung der interalliierten Kommission soll die ober-schlesische Abstimmung nun am 20. März stattfinden. Es erscheint sehr zweifelhaft, ob die interalliierte Kommission bis zu diesem Zeitpunkte die Vorbereitungsarbeiten für die Abstimmung beendigt haben wird, da sich schon jetzt gezeigt hat, daß man mit den angelegten Fristen nicht auskommen konnte. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß die deutschen Abstimmungsberechtigten, daß die Brüder und Schwestern aus dem Reich mit den Brüdern und Schwestern in Oberschlesien bis auf den letzten Mann und die letzte Frau ihre Pflicht tun werden. Wir zweifeln auch nicht daran, daß Korfanty, der mit allen Mitteln der Demagogie eine gerechte Abstimmung zu hintertreiben suchte, nunmehr dasitzt wie ein Voggerber, dem die Felle weggeschwommen sind. Nichts wäre aber falscher, als jetzt die Wachsamkeit gegen die Polen einzustellen. Die Polen haben noch mehr Eisen im Feuer, und gerade im Augenblick wird ein Vestehtungsmandat bekannt, das sie bei Frankreich versuchen, indem im Plan des polnisch-französischen Handelsvertrages eine weitgehende staatsvertragliche Begünstigung des französischen Unternehmerskapitals in Oberschlesien vorgesehen ist. Aber auch dieser Plan wird zuhanden werden, zuhanden durch das Ergebnis der Abstimmung, aus dem die Welt ersehen wird, daß Oberschlesien deutsch ist und deutsch bleiben muß.

Erneute parlamentarische Niederlage der sächsischen Regierungsmehrheit.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Landtagsitzung standen zunächst einige kurze Anfragen. Dann berichtigte Abg. Dr. Wagner (Deutschnat.) über den Volksbegehren und Volksentscheid.

Der Ausschuss empfiehlt Annahme der Vorlage mit der Ergänzung, daß bei Bedenken des Gesamtministeriums für die Zulassung eines Volksbegehres die Entscheidung dem Oberverwaltungsgericht zustehen soll. Die Abstimmung soll frühestens zwei Wochen und spätestens einen Monat nach der Veröffentlichung der Zulassung beginnen. Die Kommunisten beantragten außerdem noch, daß das Recht auf Anbringung eines Volksbegehres nur den nach dem Betriebsrätegesetz wahlberechtigten Arbeitern oder solchen, die gesellschaftlich notwendige Arbeit verrichten, zustehen solle. Die sächsischen Rettungsvereiner und die Organisation der sächsischen Journalisten haben gegen den Paragraphen 13. Abs. 2, worin bestimmt ist, daß die Petitionen unentgeltlich die Bekanntmachungen über den Volksentscheid aufzunehmen haben, entschieden Bermanung eingeleitet und als rechtsunhaltbar zurückgewiesen. Hieran knüpfte sich noch eine lebhafteste Aussprache.